

Regierung darf um keinen Preis schuldig werden — mögen auch ihre vornehmsten Säupter dem Blutband des Doppelkreuzes wie die Richter und Hauptangeklagten angehören. Und der Präsident der Budapest Staatsanwaltschaft erklärt in seinem Plädoyer: „Nicht der geringste Beweis für die Mitwisserschaft des Grafen Bethlen ist erbracht worden!“

Bethlen steht rein und unschuldig vor aller Welt: Heroen sind die Angeklagten, ruft ein Verteidiger, Windischgrätz ist ein Gentleman, ruft Bethlen coram publico, Elfen ruft das Publikum nach den Worten des Jadravec. . . Was will man noch mehr? Patriotismus ist, glühendster, das Verbrechen nicht achtender Panatismus treibt politische Desperados zur Fälschung einer fremden Währung; Patriotismus ist der Widerungsgrund in der Rede des Staatsanwalts im Urteil. Der Vorhang kann fallen. In Budapest wurde Frankreich öffentlich angeklagt, öffentlich verurteilt — das ist das Fazit — und das hätte sich Frankreich vielleicht ersparen können.

Man muß Ungarn, das Land und die Ungarn, das Volk und seine Führer kennen, um zu wissen, was dieser Prozeß in Land und Leuten aufgewühlt hat. Die Siegfriedswunde begann in Gegenwart Hagens von neuem zu bluten. . . Die Hgauer werden von Radossy und Windischgrätz Lajos singen. . . und mächtig, aufpeitschend, an allen Nerven rüttelnd, braust als gefährlicher Schlachtfeld nach dem Fallen des Vorhanges die Gewaltmelodie des Rakoczymarsches durch Ungarn bis hinüber nach Transylvanien. „Die Welt wird zwar nicht schöner mit jedem Tag — eins aber ist sicher: „Man weiß nicht, was noch werden mag!“ Und darin liegt das Dämonische dieses so zwiespältig beurteilten Staatsprozesses, das man sich unwillkürlich des düsteren Dichtervortes erinnert: „Das ist der Fluch der bösen Tat, daß sie fortzuehend Böses muß gebären!“ Eine schwere Wolke lastet über Ungarn. . . sie zieht nach Westen, woher sie kam.

Amnestierung der ungarischen Frankenfälscher?

Die Budapest Zeitung „Magyar Ország“ meldet, daß der ungarische Reichsverweser zum 29. August, dem 400. Jahrestage der Schlacht bei Mohács, eine allgemeine Amnestie erlassen werde. Diese soll sich auf alle Verbrecher beziehen, die Justizstrafen von nicht mehr als fünf Jahren erhalten und die ihre Straftaten nicht aus gemeiner Habgier begangen haben. In politischen Krassen verlautet, daß in diese Amnestie auch Prinz Windisch-Grätz, Radossy und die anderen im Frankenfälscherprozeß Verurteilten einbezogen werden sollen.

Der Rückschlag der Locarno-Politik

Die bisherigen Schritte, welche die Reichsregierung in der Befähigungsfrage durch den deutschen Vorkämpfer in Paris, Dr. v. Hoelsch, dornehmen ließ, sind völlig ergebnislos verlaufen. Briand hat keinerlei bindende Erklärungen über die Verminderung der Befähigungsgruppen abgegeben, sondern lediglich darauf hingewiesen, daß die Befähigungsmächte ihre Dispositionen erst nach dem Inkrafttreten der Locarno-Verträge — praktisch also erst nach der vollzogenen Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund — treffen könnten. Demnach ist das französische Mißtrauen hinsichtlich des Berliner Vertrages zwischen Deutschland und der Sowjetunion noch nicht

Lebensweisheiten

Freue dich an Gottes weiten Auen, an seinen Wäldern und Tälern, freue dich, wo du kannst an den Menschen, an aller Kreatur. Sieh einzig das Schöne in allen Dingen, denn sie sind schön. Alles Erschaffene ist schön, solange die Hände der Menschen noch nicht daran rührten. Und laß deine Brüder teilnehmen an deiner Freude. Bringe ihnen, was dich froh macht. Nicht als Prophet, als Prophet, sondern als Mensch zum Menschen. Bringe ihnen deines Herzens Freude und erzähle ihnen, wie man sich freut. Erzähle ihnen, daß sie alles ist, diese Freude, das Einzige ist, was das Leben lebenswert macht.

Moret, Die Technik des Lebens.

Es wird nicht besser durch Grübeln und Träumen, Und Trübsinn raubet dem Geiste den Schwung.

Kannst du den Stein aus dem Wege nicht räumen, So geh hinüber mit jedem Sprung!

Pittershaus.

Die Frau ohne Ruß —

Ja, gib's denn so etwas überhaupt, wenn ein Femininum auch nur einigermaßen begehrenswert erscheint? Aber ja doch, zu besichtigen alkalisch im Centraltheater, wo sie gestern Einzug gehalten hat, um nun einen Monat lang außer

Ungünstige Förderung des Kleinwohnungsbaues

Wegfalls der Reichskredit nur wenig beansprucht wird

Das Reichsarbeitsministerium hat bei den einzelnen Länderregierungen eine Umfrage veranstaltet nach der Inanspruchnahme des 200-Millionen-Reichskredits für den Kleinwohnungsbaue, um auf Grund dieser Ergebnisse den Termin für die Bereitstellung der zweiten Rate in Höhe von 90 Millionen festzusetzen.

Nach den bisher eingegangenen Berichten bleibt die Inanspruchnahme bei weitem hinter den Erwartungen zurück, und die den einzelnen Ländern zugewiesenen Quoten sind bisher nur zu einem geringen Teile ausgenutzt

worden. Diese Tatsache wird darauf zurückgeführt, daß der Zinsfuß für die endgültigen Hypotheken nicht feststeht, sondern sich nach dem von den Hypothekendarlehen erzielten Pfandbriefzins richtet. Durch diese Unsicherheit werden viele Bauwünsche davon abgehalten, den Reichskredit in Anspruch zu nehmen. Außerdem bereitet die Aufbringung der für den Bau benötigten Spitzenbeträge, die weder durch die erste Hypothek aus dem Reichskredit, noch durch die zweite Hypothek aus der Hauszinssteuer gedeckt werden, erhebliche Schwierigkeiten.

Wirtschaft und Wohlfahrt

Den engen Zusammenhang zwischen Wirtschaft und Wohlfahrt hat die Nachkriegszeit eindringlich offenbart. Die Ungunst der wirtschaftlichen Verhältnisse hat die früher verhältnismäßig bescheidenen Aufgaben und Anforderungen der sozialen Verwaltung außerordentlich akzentuiert und hat vor allem den Fürsorgeaufwand um viele hundert Prozent angewachsen lassen.

Könnte die Wirtschaft vor dem Kriege die Last der sozialen Verwaltung fast mühelos tragen, so fühlt sie sich heute durch die sozialen Aufgaben und durch die zur Deckung des Fürsorgeaufwandes erforderlichen Steuern schwer bedrückt und verlornt im Parlament, wie in zahlreichen Denkschriften, mäßigste

Einschränkung der sozialen Aufwendungen

Dieses Verlangen muß von der Fürsorge als berechtigt anerkannt werden. Die Lage der Wirtschaft ist dermaßen schwierig, daß ihre Entlastung auf allen irgendwie erfolgversprechenden Wegen versucht werden muß.

Die Fürsorge hat übrigens selbst ein großes Interesse daran, Vermitteln zur Ueberwindung der Wirtschaftskrise zu betreiben und dadurch den wirtschaftlichen Wiederaufstieg zu erleichtern. Schwierig ist die Einschränkung des Fürsorgeaufwandes hierfür nicht das einzelne und feinesinnige das wichtigste Mittel; allerdings muß auf eine Einschränkung ernst-

lich Bedacht genommen werden. Wird doch auch dann noch, angesichts der ungeheuren wirtschaftlichen Bedrängnis weiter Volksteile, angesichts auch der Bindungen durch die Gesetzgebung des Reiches, eine umfangreiche Verwaltungsarbeit und ein bedeutender Aufwand an Fürsorgemitteln notwendig bleiben.

Das Interesse der Wirtschaft beschränkt sich aber keineswegs auf die möglichste Einschränkung der Lasten der sozialen Verwaltung. Die Wirtschaft hat geradezu ein lebhaftes Interesse daran, daß die

Leistungsfähigkeit der Fürsorge

erhalten bleibt und sie ihren Aufgaben gerecht werden kann. Denn im Gegenzug zu früher sind bei der heutigen Wirtschaftslage auch Millionen Arbeitsfähiger auf öffentliche Hilfe angewiesen: ihnen die Arbeitskraft zu erhalten und ihren Arbeitswillen vor der Erschlaffung zu bewahren, ist wichtigste Aufgabe der Fürsorge, die sie auf's Engste mit der Wirtschaft verbindet. Hier setzt sich mit besonderer Deutlichkeit, wie eng heute Wirtschaft und Wohlfahrt aneinander angewiesen sind, wie die Wirtschaft nicht nur der Lastenträger, sondern weitgehend auch der

Ruhnießer der Fürsorgearbeit

ist und alles Interesse daran hat, daß die Einschränkung der sozialen Verwaltung nicht zu einer Beeinträchtigung der Leistungsfähigkeit führt.

Abd el Krim wird streng bewacht.

Der Sonderberichterstatte des „Matin“ in Fez berichtet: Abd el Krim wird in Taza streng bewacht. Niemand wird zu ihm gelassen. In spanischen Kreisen ist von einer französisch-spanischen Konferenz die Rede, in der über das Schicksal Abd el Krims entschieden werden soll.

Das Ziel des Aufstandes in Portugal

Der Präsident der Republik, Machado, ist, wie Havas aus Lissabon meldet, zurückgetreten.

Die militärischen Divisionen haben den bestimmten Wunsch zum Ausdruck gebracht, daß die Regierung nur aus Mitgliedern gebildet werde, die außerhalb der politischen Parteien ständen. Der Arbeiterverband bereitet sich darauf vor, in die Opposition zu treten, falls eine Militärdiktatur errichtet werden solle. Die Truppen der Divisionen aus dem Norden und Süden unter dem Befehl des Generals Gomes Costa marschieren auf Lissabon.

Der Grund für den Rücktritt des Präsidenten Machado ist offenbar darin zu suchen, daß die Führer der Aufständischen ein außerparlamentarisches Kabinett

bilden wollen, das heißt ein Direktorium nach spanischem Muster.

Der Gewerkschaftsverband hat sich grundsätzlich für den Generalstreik in ganz Portugal ausgesprochen, um der eventuellen Bildung einer Militärdiktatur vorzubeugen.

Die Tagesordnung der nächsten Landtagsitzung

Die Landtagsitzung am Donnerstag, dem 8. Juni, die erste nach der Pfingstpause, hat u. a. folgende Tagesordnung: Kommunistische Anträge zu den Unterstellungen bei der Verwaltung des „Sächsischen Volksoffiziers“; deutsch-volksparteilicher Antrag auf Abänderung des Landeswahlgesetzes; Anfrage Böttcher (Komm.) wegen der Explosionskatastrophe bei der Firma Dösch in Heidenau; Rennerung des Gesetzes über Sonntagruhe; Anfrage Dr. Raßner (Dem.) wegen des Wegfalls einer größeren Anzahl wichtiger Bäume im Bezirk des Freistaates Sachsen; Anfrage Jellisch (Soz.) über das Eisenbahnunfall auf dem Bahnhof zu Balfanz; Staatshaushaltkapitel: Staatsstraßen, Wege, und Wasserwesen und Wasserwirtschaftliche Betriebe; Kapitalbeteiligung des sächsischen Staates bei der Sächsischen Flughafenbetriebsgesellschaft m. b. H.

Millionendefizit in Braunschweig

Nach einer Meldung der „Post, Sta.“ beläuft sich der Defizitbetrag im Braunschweigischen Haushalte auf etwa fünf Millionen Mark bei einem Gesamteinkommen von 30 Millionen Mark.

Der Kuttifer-Prozeß ohne Kuttifer

Zur gestrigen Verhandlung war der Hauptangeklagte Jwan Kuttifer nicht erschienen, da sich sein Befinden im Laufe der Verhandlung verschlechtert hat. Die Anwälte sind sehr schnell hintereinander wiederholt erschienen. Es waren nur seine beiden mitangeklagten Söhne sowie der Angeklagte Strieder erschienen. Die Verhandlung wurde trotzdem eröffnet und ohne weitere Erklärung des Vorsitzenden die Zeugenvernehmung vorgenommen.

Hungernot in Burma

Im Gebiet der letzten Wirbelsturm-Katastrophe bei Allah an der Küste von Burma herrscht furchtbare Hungernot, die zu schweren Unruhen und Plünderungen geführt hat. Durch die Sturmwellen, sind die Acker- und Reisfelder vollständig zerstört und ganze Dörfer buchstäblich vom Erdboden hinweggefegt worden. Infolge der Ueberflutung sind die Rettungsarbeiten ungeheuer erschwert.

Inzwischen ist das Land noch von einem zweiten Wirbelsturm heimgesucht worden, der besonders stark in Budial am Fuße des Arratan-Berges wütete, wo am 29. Mai innerhalb einer halben Stunde zehn Personen getötet und Hunderte verletzt wurden. Häuser und Bäume wurden umgerissen. Der Schaden ist ungeheuer.

Die Kriminalität in Ostafrika

Der Gouverneur gibt bekannt, daß die Regierung infolge der großen Anzahl der von Eingeborenen begangenen Verbrechen und Gewalttätigkeiten gegen europäische Frauen beabsichtigt, Gesetze zur Annahme zu empfehlen, die eine strenge Befragung solcher Verbrechen vorsehen. Die Regierung hat einen Appell an die eingeborenen Häuptlinge gerichtet, die selbst solche Verbrechen verurteilen.

Wettervorhersage.

Bei ansteigenden Temperaturen stark zunehmende Neigung zu Gewittern oder gewitterartigen Störungen (Strichregen). Zunächst schwache bis mäßige Winde aus östlichen Richtungen.

Allgemeiner Witterungscharakter der nächsten Tage: Unbeständig, örtlich Gewitter, nur zeitweise aufheiternd und mäßig warm.

die Marschmelodie: „Das ist der Frühling von Berlin“, begehrtere Artikel werden.

Am Abend ihrer Erstaufführung hätte sich der vielgeliebte, zwei Akte lang wirkliche und geküßte Frau ein noch befallsfroheres Publikum gewünscht, die Darsteller hätten es bestimmt verdient.

H. Sch.

Theaterkandal in Chemnitz.

Zu einem Theaterkandal, wie er bisher in Chemnitz noch nicht zu verzeichnen gewesen ist, kam es, wie bereits früher in zahlreichen anderen Städten, in Chemnitz bei der am Dienstagabend im Zentraltheater erfolgten Erstaufführung, des bekanntlich mit dem Preis ausgezeichneten Stückes „Der frühe Weinberg“. Bereits im Verlaufe des zweiten Aktes kam es zu kleineren Störungen, im Verlauf des dritten Aktes aber zu einem regelrechten Theaterkandal. Während der eine Teil des Publikums demonstrativ Weislaß machte, pfiff und trampelte der andere derart, daß das Spiel wiederholt auf die Dauer von Minuten unterbrochen werden mußte. Zahlreiche Besucher verließen mitten im Spiel das Haus. Als das Trampeln und Pfeifen immer mehr zunahm, rief schließlich die Polizei ein und erreichte, daß das von nur mittelmächtigen Berliner Darstellern gespielte Stück zu Ende geführt werden konnte, während sich die Polizeibeamten in aufgeregten Szenen noch in den Gängen des Hauses mit den empörten Demonstranten zu beschäftigen hatten.

Keine Sommeroper in Dresden. Die verlaute, hat Direktor Köhler seinen Plan, im Alberttheater wiederum eine Sommeroper zu veranstalten, aufgeben müssen. Bis zum 31. August recht das Theater weiter Frau Hermine Körner zur Verfügung.